

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/004

Chronik vom 14. August 1952 bis zum 28. Februar 1953

14.08.1952

BRD: Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wird am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wird durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Lastenausgleich

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte,

war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingliedert werden.

Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmeländer waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.

Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.

Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ostdeutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen Lage, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichsfonds und Wohnungsbau.

Der Lastenausgleichsfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.

Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deut-

sche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.

Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen. Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten. Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.

Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:

"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhältnisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...

Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...

Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."

Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

19.08.1952

DDR: Das ZK der SED gibt der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Namen: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilt ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein. Die "Uniform" der Jungen Pioniere besteht aus weißen Hemden und Blusen, einer blauen Hose oder einem blauen Rock sowie einem roten, dreieckigen Halstuch (1.-3. Schulklasse: blaues Halstuch).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>... Seit dem IV. Parlament der FDJ (1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. ...

Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.

Laut Beschluß des Politbüros der SED vom 8.10.1957 wurden die Jungen Pioniere, deren Arbeit oft nur äußerlicher Drill und Phrasendrescherei ist, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den Jungen Pionieren am 10.12.1957 eine eigene Zentraleitung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierleiter" (x009/328): >>... Der Pionierleiter ist - gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die "Pionierarbeit" in der Grundschule.

Er ist gleichberechtigtes Mitglied des Pädagogischen Rates, ist verpflichtet, zu hospitieren (in Schulen am Unterricht teilzunehmen), "um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu er-

halten" (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren).

Die Pionierleiter (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine 3jährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die Pionierleiter sollen nach einigen Dienstjahren durch Zusatzprüfungen zu Lehrern befördert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Pionierecke und Pionierpaläste" in der SBZ (x009/328): >>Von Jungen Pionieren mit Losungen, Fahnen und Wandzeitungsartikeln ausgestattete Ecke oder Wand in Klassenzimmern, die auf die Ziele der Jugendorganisation hinweisen und zur Werbung neuer Mitglieder beitragen sollen. ...<<

>>... Mit hohen Kosten eingerichtete und unterhaltene Häuser, in denen Kinder mit allen Mitteln der Verlockung im kommunistischen Sinne beeinflusst werden.

Pionierpaläste enthalten z.B. Kindertheater, Räume für Arbeitsgemeinschaften, Büchereien, Lesezimmer, Film-, Spiel-, Bastelräume und dergleichen mehr. ...<<

Das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere lautet wie folgt (x296/209 L):

>>Ernst Thälmann ist mein Vorbild.

Ich gelobe zu lernen, zu arbeiten und zu kämpfen,
wie es Ernst Thälmann lehrt.

Ich will nach den Gesetzen der Thälmann-Pioniere
handeln,

Getreu unserem Gruß bin ich

für Frieden und Sozialismus immer bereit.<<

Die Gesetze der Thälmann-Pioniere lauten (x296/209 L):

>>Wir Thälmann-Pioniere

lieben unser sozialistisches Vaterland,
die Deutsche Demokratische Republik.

Wir Thälmann-Pioniere
lieben und achten unsere Eltern.

Wir Thälmann-Pioniere
lieben und schützen den Frieden
und hassen die Kriegstreiber.

Wir Thälmann-Pioniere sind Freunde der Sowjetunion
und aller sozialistischen Brudervölker
und halten Freundschaft
mit allen Kindern der Welt.<<

Ein Zeitzeuge berichtet später über den allgemeinen Lebenslauf der "Jungen Pioniere" (x073/-272): >>Als er 9 Monate alt war, brachte ihn seine Mutter jeden Morgen um sechs in die Krippe. Da wurde er versorgt, bis sie ihn nach der Schicht wieder abholte.

Mit 3 ging er in den Kindergarten. Er gewöhnte sich an das Spiel in der Gruppe und wusch sich regelmäßig die Hände.

Mit 6 kam er in die Schule. Die Eltern waren stolz und hatten ihn fein gemacht. Er zeichnete sich durch Pflichtetifer und gutes Wissen aus. Bald trug er das rote Halstuch der Thälmann-Pioniere. Einmal im Mai durfte er den Helden der Volksarmee Nelken überreichen.

In der Pionierrepublik tat er sich im Geländespiel hervor.

Mit 14 zur Jugendweihe, wußte er, worauf es ankommt: Liebe zum sozialistischen Vaterland, glühender Haß auf den Klassenfeind.

Das Blauhemd der FDJ trug er mit Stolz, später wurde er Gruppenpionierleiter. Auf einem Solidaritätsbasar sammelte er über 4.000 Mark für die chilenischen Patrioten.

Nach der 10. Klasse wurde er mit Notendurchschnitt 1,3 zur erweiterten Oberschule delegiert. Mit 16 trat er der "Gesellschaft für Sport und Technik" bei, lernte Kradfahren und war ein or-

dentlicher Kleinkaliberschütze. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Freundschaftsverträge" in der SBZ (x009/141): >>Vereinbarungen zwischen Partnern verschiedener Art, die in erster Linie der politischen Propaganda und Überwachung dienen.

In einem Freundschaftsvertrag ist etwa festgelegt, daß ein Betrieb bestimmte Reparaturarbeiten in einer Schule übernimmt, seine Planerfüllung laufend meldet, Werkvertreter zu den Abschlußprüfungen entsendet, betriebsangehörige FDJ-Mitglieder als Pionierleiter an die Schule abordnet und Geld für Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen und Schülerfahrten gibt.

Die Schule verpflichtet sich z.B. zu Betriebsbesichtigungen und Kulturveranstaltungen, zu unterrichtlicher Auswertung der Produktionsmeldungen im Hinblick auf den Fünfjahrplan und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Arbeitern.

Vor allem werden auch Truppenteile der Nationalen Volksarmee und der Polizeitruppen von dem Freundschaftsvertragsnetz erfaßt. Die SED ist bemüht, auch hier Patenschaften zu gründen und zu beleben. Im Rahmen solch eines Freundschaftsvertrages, z.B. zwischen einem Stahlwerk und einem Regiment, der auch als Patenschaft bezeichnet wird, werden Delegierte und Schulungsreferenten ausgetauscht, Rekruten betreut, Besichtigungen durchgeführt.

Ferner wird für den betreffenden Truppenteil geworben, treten Spielgruppen auf. Auch Gliederungen der FDJ und anderer Massenorganisationen werden dazu gebracht, einen Freundschaftsvertrag mit je einer Einheit der Volksarmee zu schließen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet im Jahre 1962 über die "FDJ-Kontrollposten" in der SBZ (x009/125): >>Eine von der SED angefachte Überwachungsorganisation in Betrieben und Verwaltungen aller Art; nach Vorbild der vom Komsomol organisierten Antreiber.

Trat anfänglich unter dem Namen Jugendkontrollbrigaden oder Kontrollposten der Jugend auf. In größeren Betrieben, LPG und MTS, wirkten oft mehrere FDJ-Kontrollposten ...

Das IV. Parlament der FDJ (Mai 1952) legte in der Hauptentschließung fest: "Es sollen zur Unterstützung der Staatsorgane vor allem in den VEB Jugendbrigaden geschaffen werden, die die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen überwachen."

Der Zentralrat der FDJ forderte im August 1952 zur Verstärkung des sozialistischen Wettbewerbs sollten die FDJ-Kontrollposten den Produktionsvorgang, die Arbeitsorganisation sowie den Energie- und Materialverbrauch ständig beobachten und notfalls alarmierend bemängeln.

Die FDJ-Bürokratie beruft sich dabei auf das "Gesetz zur ... Förderung der Jugend" (vom 8.2.1950). In § 3 der 5. Durchführungsverordnung dieses Gesetzes (vom 8.2.1954) heißt es: "Die auf Initiative der FDJ gebildeten Kontrollposten der Jugend ... sind durch die Leitungen der Betriebe der volkseigenen Wirtschaft in ihrer Arbeit zu unterstützen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "FDJ-Schulung" in der SBZ (x009/125): >>Neben der FDJ-Hochschule "Wilhelm Pieck" in Bogensee (nördlich Bernau), den Bezirksjugendschulen und Sonderschulen der FDJ, die sämtliche Internate für die Funktionärsausbildung sind, betreibt die FDJ eine umfassende Schulung.

Seit Anfang 1951 wurde jährlich ein einheitliches "Schuljahr der FDJ" durchgeführt. In den Schulungszirkeln wurden Jugendfragen, so der Komsomol behandelt und der Marxismus-Leninismus gelehrt. Für die erfolgreiche Teilnahme wird ein Abzeichen für gutes Wissen in 3 Stufen vergeben.

Diese FDJ-Schulung stieß auf den Widerwillen und die Gleichgültigkeit der Jugend. Deshalb sah sich der Zentralrat der FDJ im November 1955 genötigt, die Schulung aufzulockern und mit unpolitischen, interessanten Bildungsvorträgen und Diskussionen zu durchsetzen. ...<<

20.08.1952

BRD: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) stirbt am 20. August 1952.

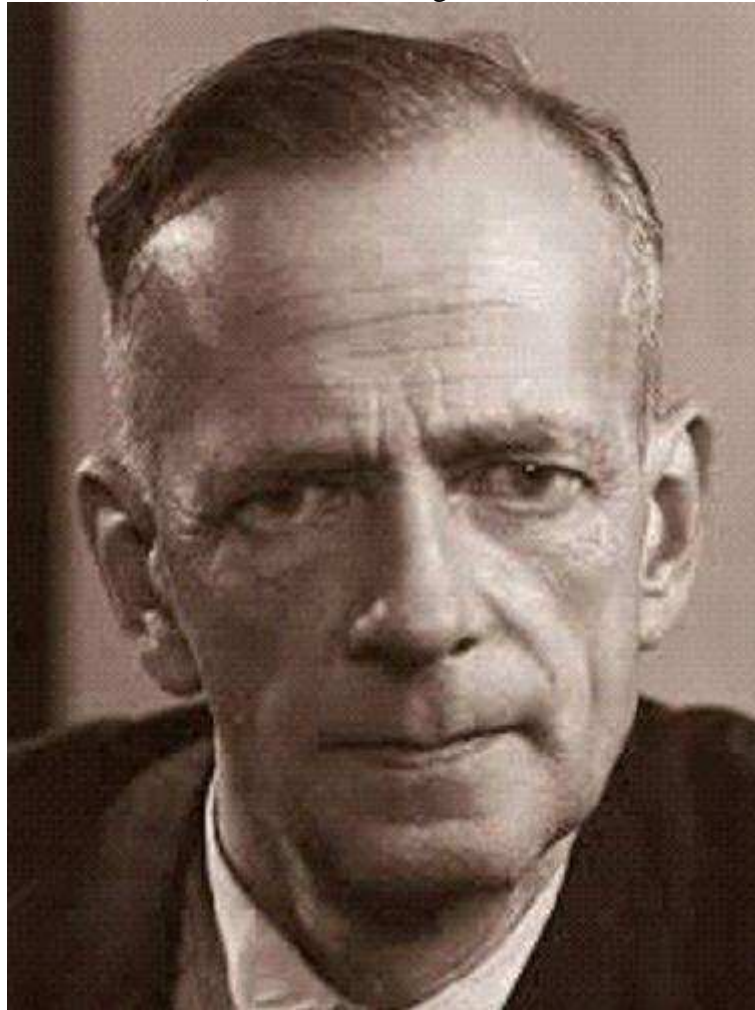


Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

Kurt Schumacher: In diesen Tagen jährte sich der 105. Geburtstag eines großen Sozialdemokraten

In diesen Tagen jährte sich der Geburtstag von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD. Wenn man sich mit der Person und der Politik Schumachers beschäftigt, dann wird man mit Erschrecken feststellen, wie grundlegend sich die SPD in der historisch minimalen Zeitspanne von nicht einmal zwei Generationen verändert hat.

Dieser Kurt Schumacher, der bedingungslose Feind eines jeden Totalitarismus, gleichgültig, ob von rechts oder von links, dieser leidenschaftliche Verteidiger der deutschen Nation, dieser Preuße, der auch nach einem verlorenen Krieg Rückgrat gegenüber den Siegern bewies und der nicht zuletzt darum mit fast 100 Prozent der Stimmen von den Parteitagsdelegierten zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden ist - dieser selbstlose politische Kämpfer soll einmal

der Vorgänger von Schröder und Lafontaine gewesen sein?

Kurt Schumacher war Grenzlanddeutscher. Er wurde am 13. Oktober 1895 in Kulm, einer preußischen Kleinstadt in Westpreußen, geboren. Er erlebte den Volkstumskampf und erfuhr nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wie die Provinz trotz deutscher Mehrheit von den Siegern Polen zugeschlagen wurde.

Kurz bevor Kurt Schumacher das Abitur ablegen sollte, brach der Erste Weltkrieg aus. Begeistert meldete er sich als Offiziersanwärter beim Feldartillerie-Regiment Thorn, wechselte aber bald als gemeiner Kriegsfreiwilliger zum Infanterie-Regiment 21, um noch rechtzeitig an die Front zu kommen.

Schon am 2. Dezember 1914 wurde er bei Lodz am rechten Arm und am rechten Oberschenkel schwer verwundet. 26 Stunden blieb er auf dem Gefechtsfeld liegen, bevor er gefunden wurde. Der rechte Arm mußte amputiert werden. 1915 wurde er als dienstuntauglich aus dem Heer entlassen, nachdem ihm das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden war.

In Halle, Leipzig und Berlin widmete er sich dem Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie und bestand 1919 das 1. juristische Staatsexamen.

Die Eltern, die in dem nun zwangsweise polnisch gewordenen Kulm nicht für Polen optieren wollten, mußten 1920 unter Zurücklassung ihres Besitzes die Heimat verlassen und siedelten ins kleiner gewordene Reich über.

Die Familie war es nicht, die Kurt Schumacher zum Sozialdemokraten werden ließ. Der Vater war wohlhabender Unternehmer und politisch bei den Liberalen engagiert. Es gibt auch kein Zeugnis dafür, daß ihn das Kriegserlebnis ins linke politische Lager gedrängt hätte.

Erst, als er bereits dienstuntauglich geschrieben war, bekannte er sich zur sozial-patriotischen Richtung der SPD und wurde Parteimitglied, 1918 auch Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Schumacher trat damals wie auch später für die Parlamentarisierung des Reiches ein und für die Abschaffung des Großbesitzes, sei es in Industrie, sei es im Handel oder der Landwirtschaft, weil er diesen Kreisen eine nicht berechnete Vorherrschaft in der Politik zuschrieb, eine Vorherrschaft, die sie zum überwiegenden Nutzen ihres Standes mißbrauchten.

Sein Sozialismus war nie marxistisch, auch wenn er das Vokabular des Marxismus verwendete. Der Marxismus war ihm nur eine Methode zur Analyse, nicht aber eine Lehre, die dogmatisch zu befolgen war. Für ihn war es damals bereits eine Selbstverständlichkeit, daß Sozialismus die nationale Unabhängigkeit eines Landes voraussetzt.

Wie der Gründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, so bejahte auch Schumacher den Staat als Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen. Er folgte also nicht Marxens Idee, daß am Ende des Sozialismus die Auflösung des Staates zu stehen habe.

Die Revolution als Mittel der Entwicklung lehnte er ab. Nach seiner Ansicht müßten die Sozialdemokraten den Staat mit friedlichen Mitteln langfristig erobern. Produktionsgesellschaften oder -genossenschaften, die er an Stelle des Großbesitzes anstrebte, seien staatlich zu finanzieren. Und kein Sozialismus ohne Demokratie - so sein Credo, das er jahrzehntelang wiederholte.

Bald wurde er Redakteur der in Stuttgart erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung "Schwäbische Tagwacht". Er ließ darüber die Zeit verstreichen, um seine Promotion, die er längst abgeliefert hatte und die mit dem Prädikat "summa cum laude" benotet worden war, mit einigen gewünschten Korrekturen zu versehen. Nach einer Reihe von Jahren holte er sie nach und konnte dann mit Fug und Recht den Dokortitel führen. 1924 wurde er in den württembergischen Landtag gewählt, 1930 in den Reichstag.

Durch seine außerordentlich scharfen Diskussionsbeiträge verdiente er sich in Stuttgart den Namen der "preußischen Revolverschnauze". Intensiv beschäftigte er sich mit Fragen der Verteidigung; statt einer Berufsarmee, die die Versailler Siegermächte dem deutschen Reich aufgezwungen hatten, bevorzugte er ein Volkshier mit allgemeiner Wehrpflicht, nicht zuletzt,

weil eine solche Armee ins Volk und in die Demokratie eingebunden gewesen wäre.

Vehement plädierte er gegen die Einbindung Deutschlands in den Block der Westmächte ebenso wie auch gegen die Anlehnung an die Sowjetunion. Stets stand er für ein souveränes Deutsches Reich, ein Begriff, den er auch nach 1945 ohne jede Befangenheit verwendete.

In scharfen Gegensatz geriet er zu den Nationalsozialisten, deren Partei immer stärker wurde. Bekannt ist sein Zusammenstoß mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Joseph Goebbels. Der hatte in einer erregten Debatte die SPD beschuldigt, sie sei die "Partei der Deserteure" im Ersten Weltkrieg gewesen.

Daraufhin brach im Reichstag ein gewaltiger Tumult los - damals galt es noch als schimpflich, im Krieg aus der deutschen Armee desertiert zu sein -, und der schwerkriegsbeschädigte, mit dem EK ausgezeichnete Abgeordnete Dr. Schumacher schleuderte Goebbels, der wegen seines durch einen Unfall verkrüppelten Fußes nicht hatte Soldat werden können, entgegen, die NSDAP-Abgeordneten würden auf einem "Niveau moralischer und intellektueller Ver lumpung und Verlausung" kämpfen. Er beendete seinen Beitrag mit dem Satz: "Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen."

Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. Obwohl seine Eltern und Schwestern samt Familien keineswegs seine politische Meinung teilten - sie traten für den Nationalsozialismus ein -, halfen sie dem eingesperrten Sohn, Bruder und Schwager, indem sie Lebensmittel und Kleidung schickten.

Schumacher war in der Bibliothek des KZ Dachau beschäftigt, in der zu seinem Erstaunen auch eine große Zahl von Büchern stand, die im Dritten Reich nicht verboten, aber auch nicht in den Buchhandlungen zu finden waren, wie Werke von Thomas Mann, Lion Feuchtwanger, Karl Kraus.

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges verfolgten viele Häftlinge - so auch Schumacher - anhand von Wandkarten den Frontverlauf und steckten den Vormarsch der deutschen Truppen mit Fähnchen ab. Daß Schumacher die deutschen Siege mit Begeisterung begrüßt haben soll, bezeichnet sein Biograph Peter Merseburger als kommunistische Propaganda. Tatsächlich aber registrierte Kurt Schumacher die ersten Niederlagen der Sowjetarmee in den Jahren 1941 und 1942 mit Triumph und Genugtuung. Er wie Mithäftlinge drückten ihren Respekt aus über die Leistungen der deutschen Soldaten - wie es damals nahezu alle Deutschen taten.

Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. Schumacher arbeitete im Büro einer Lagerverwaltung, wurde nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 noch einmal für vier Wochen festgenommen, dann freigelassen und erlebte den Einmarsch der Alliierten in Hannover.

Sofort begann er trotz seines schlechten Gesundheitszustandes, die SPD wieder zu organisieren. Sein Ziel: Deutschland soll als geschlossenes Ganzes auch in der Niederlage erhalten werden, wie er formulierte. Die Nation war für ihn Solidaritätsgemeinschaft. Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"

An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politi-

scher Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen.

1948 mußte ihm ein Bein oberhalb des Knies amputiert werden, ein Schicksal, zu dem er durch sein Kettenrauchen beigetragen hatte. Annemarie Renger war ihm eine treue Gefährtin, die selbstlos dem so schwer Behinderten ermöglichte, noch vier Jahre lang aktive Politik zu treiben, so daß er in Westdeutschland der große Gegenspieler des christdemokratischen Bundeskanzlers Adenauer wurde. Scharf lehnte er dessen Pläne ab, die Bundesrepublik in die anglo-amerikanische Welt der Sieger einzubinden. Das war für ihn die Zementierung der deutschen Teilung, deren Überwindung an der Spitze seiner politischen Bemühungen stand.

Viele damalige Äußerungen und Aktivitäten Schumachers hätten ihm heute den Vorwurf der Rechtsradikalität eingetragen, so als er sich 1950 dagegen wandte, daß die von den Amerikanern in Landsberg wegen angeblicher oder wirklicher Kriegsverbrechen zum Tode verurteilten Deutschen hingerichtet wurden - vergeblich.

Er verwendete sich für den Generalfeldmarschall Kesselring, der von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden war und um dessen Begnadigung Schumacher - mit Erfolg - bat. Schützend stellte er sich vor die Soldaten der Waffen-SS, die er streng unterschied von den KZ-Wachmannschaften. Früh traf sich Schumacher mit ehemaligen hohen HJ-Führern, um deren Motive kennenzulernen und um sie für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen.

Als die Alliierten das Ruhrgebiet internationalisieren wollten und dabei auf ein gewisses Verständnis des ohnehin separatistisch liebäugelnden Adenauer stießen, erklärte Schumacher, die SPD werde der Internationalisierung nur dann zustimmen, wenn darin die Industrieviere aller Staaten eingeschlossen würden.

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von

den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort.

Als - von der Sowjetischen Besatzungszone ausgehend - die SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei verschmolzen werden sollte, wandte er sich mit aller Kraft dagegen. Stets focht er für deutsche Gleichberechtigung und lehnte alle Maßnahmen der Sieger ab, die die Deutschen benachteiligten. Er wollte, daß die deutsche Frage gelöst werde und daß erst dann über ein Europa freier gleichberechtigter Völker zu verhandeln sei. Für ihn stand die Nation als politisches Ziel an erster Stelle.

Am 20. August 1952 verweigert der so schwer geschädigte Körper dem leidenschaftlichen Politiker den Dienst. Er stirbt und wird nach Hannover übergeführt. Hunderttausende, und nicht nur Anhänger der SPD, säumten den letzten Weg des großen sozialen und nationalen Volksführers.

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

28.08.1952

DDR: Durch Verordnung vom 28. August 1952 wird die Gerichtsverfassung der sogenannten "Verwaltungsreform" angeglichen und zugleich das Rechtsmittel der Revision beseitigt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/151): >>... Die Gerichte sind Organe der einheitlichen volksdemokratischen Staatsmacht (§ 1 GVG).

"Die Gerichte tragen durch ihre Tätigkeit dazu bei, daß in ihrem Bereich die staatlichen Aufgaben erfolgreich gelöst, insbesondere die Volkswirtschaftspläne erfüllt werden" (§ 2 Abs. 2 GVG).

Die Rechtsprechung wird ausgeübt durch Kreisgerichte, Bezirksgerichte und das Oberste Gericht und soll "dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden" dienen (§ 2 Abs. 1, Satz 1, GVG). Die Urteile ergehen "im Namen des Volkes".

Die Richter sollen angeblich "in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen" sein (§ 7 GVG und Art. 127 der Verfassung); tatsächlich ist jedoch weder die persönliche noch die sachliche Unabhängigkeit der Richter gewährleistet.

...<<

01.09.1952

BRD: Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) tritt am 1. September 1952 in Kraft.

10.09.1952

Luxemburg: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60):

>>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt

...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtet später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite."
...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszonen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

13.09.1952

Vatikan: Papst Pius XII. erklärt am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk

oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

20.09.1952

BRD: Otto Nuschke (CDU-Abgeordneter der Volkskammer) erläutert am 20. September 1952 während einer Pressekonferenz in Bonn die Stellung des Staatssicherheitsdienstes (x009/421): >>Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. ...<<

24.09.1952

Rumänien: In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährt man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182): >>**Die Nationalitätenbestimmungen der Verfassung von 1952**

Die Verfassung der Volksrepublik Rumänien vom 24. September 1952.

Einleitung

...

Die nationalen Minderheiten der Rumänischen Volksrepublik genießen volle Gleichberechtigung mit dem rumänischen Volk. In der Rumänischen Volksrepublik wird der ungarischen Bevölkerung in den Szekler-Bezirken, in denen sie in geschlossener Form ansässig ist, territoriale Verwaltungsautonomie gewährleistet.

Kapitel II. Der Staatsaufbau.

...

Artikel 17.

Der rumänische volksdemokratische, einheitliche souveräne und unabhängige Staat

a) schützt die Unabhängigkeit und die Souveränität des rumänischen Volkes, die Errungenschaften der Werktätigen in Stadt und Land, die Rechte, die Freiheiten und die Macht der Werktätigen gegen die Feinde des werktätigen Volkes;

b) gewährleistet die Festigung und die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes durch die sozialistische Industrialisierung, durch die Beseitigung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Rückständigkeit, durch die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der werktätigen Bauern; ...

h) leitet das gesamte Volksbildungswesen; ...

j) gewährleistet die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind. ...

Kapitel VII. Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.

... Die Bürger der Rumänischen Volksrepublik haben das Recht auf Bildung.

Dieses Recht wird gewährleistet durch den allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht, durch das System staatlicher Stipendien für gute Studenten und Schüler der Hoch-, Mittel- und Grundschulen, durch die Organisierung der unentgeltlichen Fachaus-

bildung der Werktätigen in den Industriebetrieben, Staatsgütern, Maschinen- und Traktorenstationen sowie in den Kollektivwirtschaften.

Das gesamte Schulwesen ist staatlich.

Der Staat sorgt für die Entwicklung der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst.

Artikel 81.

Den werktätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gewährleistet.

Jede direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte der werktätigen Bürger der Rumänischen Volksrepublik, die Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität und jede Äußerung von Chauvinismus, Rassen- oder Nationalitätenhaß oder chauvinistisch-nationalistischer Propaganda werden gesetzlich geahndet.

Artikel 82.

In der Rumänischen Volksrepublik werden den nationalen Minderheiten die freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache, die Herausgabe von Büchern und Zeitungen in der Muttersprache sowie eigene Theater gewährleistet. In den Bezirken, die auch von einer Bevölkerung anderer Nationalität als der rumänischen bewohnt sind, werden sämtliche Organe und Institutionen auch die Sprache der betreffenden Nationalitäten mündlich und schriftlich gebrauchen und Funktionäre aus den Reihen der betreffenden Nationalität oder aus den Reihen der Ortsansässigen ernennen, die Sprache und Lebensart der örtlichen Bevölkerung kennen. ...

Artikel 84.

Allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist die Gewissensfreiheit gewährleistet.

Die religiösen Kulthandlungen können frei vorbereitet und ausgeübt werden. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen wird allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik gewährleistet.

Die Schule ist von der Kirche getrennt. Keine Konfession, Kongregation oder religiöse Gemeinschaft darf allgemeinbildende Lehranstalten eröffnen oder unterhalten. Eine Ausnahme gilt nur für Sonderschulen zur Ausbildung der Geistlichen.

Die Art und Weise der Vorbereitung und der Ausübung der religiösen Kulthandlungen wird durch Gesetz geregelt. ...

Kapitel VIII. Das Wahlsystem.

...

Artikel 94.

Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen in allgemeiner Wahl. Alle werktätigen Bürger der Volksrepublik Rumänien, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied der Rasse oder der Nationalität, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, des Bildungsgrades, des Berufes oder der Dauer der Ansässigkeit, haben das Recht, an der Wahl der Abgeordneten teilzunehmen, mit Ausnahme von Geisteskranken und denjenigen, die durch gerichtliche Entscheidung zum Verlust des Wahlrechts verurteilt worden oder nach dem Gesetz unwürdig sind. ...<<

02.10.1952

DDR: Ein Volkskammergesetz hebt am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf.

Diese Regelung gilt jedoch nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt wurden.

Am 2. Oktober 1952 wird das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeß-

ordnung tritt in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafverfahren" und "Strafvollstreckung" in der SBZ (x009/429-430): >>Strafverfahren: Das Strafverfahren ist durch die sowjetzonale Strafprozeßordnung vom 2.10.1952 neu geregelt worden.

Neue Begriffe und Institutionen wurden eingeführt, z.B. die Gerichtskritik. In die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Gerichte wurde wieder die nationalsozialistische Vorschrift aufgenommen, daß zur Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen auch das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist (§ 14 Abs. 3).

Hierdurch wird es dem SSD (Staatssicherheitsdienst) möglich, jeden Verhafteten an einem beliebigen Ort aburteilen zu lassen. Ehegatten und nächste Angehörige der Angeklagten dürfen die Aussage nicht mehr verweigern, wenn sie eine Pflicht zur Anzeige hatten, z.B. bei Staatsverbrechen. Dasselbe gilt für Geistliche, Rechtsanwälte und Ärzte. ...

Das in der Verfassung und im § 74 StPO garantierte Recht auf Verteidigung wird dadurch illusorisch gemacht, da der Verteidiger in die Gerichtsakten erst nach Zustellung der Anklageschrift Einsicht nehmen und auch dann erst mit dem in Haft befindlichen Beschuldigten sprechen darf. Eine Haftbeschwerde ist nur einmal und zwar binnen einer Woche nach Erlaß des Haftbefehls möglich. ...

Die Beweisaufnahme soll an sich unmittelbar sein. Es dürfen aber Protokolle der Volkspolizei, des SSD, der Staatsanwaltschaft oder eines Richters über frühere Vernehmungen eines Zeugen oder Mitbeschuldigten schon dann als vollgültige Beweismittel in der Hauptverhandlung verlesen werden, "wenn das Erscheinen des Zeugen in der Hauptverhandlung wegen des damit verbundenen Zeitverlustes unzweckmäßig ist" (§ 207).

"Erklärungen des Angeklagten insbesondere ein Geständnis, die in einem Protokoll über eine frühere Vernehmung enthalten sind, können zum Zwecke des Beweises verlesen werden, soweit es erforderlich ist" (§ 209). Auf diese Weise erhalten vom SSD erpreßte Geständnisprotokolle volle Beweiskraft.

...<<

>>Strafvollstreckung: Der Angeklagte hat gegen ein Urteil nur noch ein Rechtsmittel, die Berufung. Das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft heißt Protest. ... Ein Wiederaufnahmeverfahren, auch zugunsten des Angeklagten, kann nur durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. ...

... Nachdem der Strafvollzug schon seit langem auf die Volkspolizei übergegangen war, wurde 1952 auch die Strafvollstreckung der Volkspolizei übertragen. Die Staatsanwaltschaft ist nicht mehr Vollstreckungsbehörde. Sie überwacht lediglich die Strafvollstreckung. Tatsächlich wird die Staatsanwaltschaft in dieser "Überwachungsfunktion" überhaupt nicht tätig, sondern überläßt alle Maßnahmen und Entscheidungen der Volkspolizei. ...

Organe der Strafvollstreckung sind die oberste Vollstreckungsbehörde (Ministerium des Innern und Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei) und die Vollstreckungsbehörden in den Bezirken. Die oberste Vollstreckungsbehörde vollstreckt die erstinstanzlichen Urteile des Obersten Gerichts und leitet den Vollzug von Todesstrafen ein. ...

Der Verurteilte ist in die seinem Wohnsitz nächstgelegene Strafvollzugsanstalt zum Strafantritt zu laden, wenn er sich in Freiheit befindet. Ohne vorherige Ladung kann ein Einlieferungsersuchen gestellt werden, wenn Fluchtverdacht besteht. Die U-Haft wird vom Tage der vorläufigen Festnahme an berechnet. ...<<

13.10.1952

UdSSR: Die Prawda berichtet am 13. Oktober 1952 über die Rede des späteren sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow während des XIX. Parteitages der KPdSU (x191/142): >>... Es lebe der weise Führer der Partei und des Volkes, der Inspirator und Or-

ganisator aller unserer Siege, unser Genosse Stalin!<<

15.10.1952

DDR: Die SED-Regierung führt am 15. Oktober 1952 staatliche Notariate ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Notariat" in der SBZ (x009/311-312): >>Ein großer Teil der Aufgaben, die die Gerichte innerhalb der "Freiwilligen Gerichtsbarkeit" hatten, ist durch die "Verordnung über die Errichtung und Tätigkeit des Staatlichen Notariats" vom 15.10.1952 den staatlichen Notariaten übertragen worden.

Dazu gehören u.a. alle Beurkundungen und Beglaubigungen, die Nachlaß-, Testaments- und Hinterlegungssachen, die Abnahme von Offenbarungseiden, die Verwahrung von Akten, Büchern und amtlich übergebenen Urkunden eines Notars und alle sonstigen Geschäfte, für die die Notariate bisher zuständig waren.

Die bisher in der SBZ tätigen Notare behielten ihre Befugnisse. Neuzulassungen von Notaren erfolgten aber nicht mehr; die dem "Staatlichen Notariat" neu übertragenen Rechtsangelegenheiten dürfen von den alten Notaren nicht wahrgenommen werden. ...<<

31.10.1952

DDR: Die "Bereitschaftspolizei" wird am 31. Oktober 1952 in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kasernierte Volkspolizei" (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. ...

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED.

Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Politschulung" in der SBZ (x009/331): >>Wichtigster Unterrichtsweig der bewaffneten Kräfte.

Die Politschulung der bewaffneten Organe erfolgt nach einheitlichen Richtlinien der Politverwaltung bzw. der Politabteilung. Alle Waffenträger sollen erfüllt sein vom Geist des proletarischen Internationalismus und vom Haß gegen die "anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten".

Die Politschulung propagiert den Marxismus-Leninismus und dessen Lehre vom Militarismus. Sie bejaht "gerechte Kriege im Sinne Lenins". Gerechte Kriege können, so lehrt es die Politschulung, auch auf fremdem Territorium geführt werden.

Die Politschulung wird wesentlich mitgetragen von den Gliederungen, die SED und FDJ in allen bewaffneten Kräften unterhalten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Politoffizier" in der SBZ (x009/331): >>Oft geänderte Bezeichnung für den in allen bewaffneten Organen tätigen Politkommissar, der neben den Kommandanten und Truppenoffizier gestellt - für die politische Ausrichtung und Durchführung der Politschulung verantwortlich ist.

In der Armee der SBZ steht jedem Kommandeur bis zum Kompaniechef abwärts ein Politoffizier zur Seite. ...<<

02.11.1952

BRD: Der KPD-Parteivorstand beschließt am 2. November 1952 (x299/170): >>... Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz

des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.<<

Dieser verfassungsfeindliche Beschluß und andere Gründe führen 1956 zum Verbot der KPD.

04.11.1952

USA: Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wird am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Dwight D. Eisenhower (x068/293-295): >>... Dwight D. Eisenhower hatte Europa von der Hitlertyrannie mit befreit, die uns freilich die USA mit aufgehast (hatte). Eisenhower, seine Freunde und Helfer haben fast zweieinhalb Millionen Tonnen Bomben auf Europa geworfen und so schätzungsweise 300.000 deutsche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, ermordet, 780.000 verletzt und verkrüppelt, 750.000 obdachlos gemacht.

Eisenhower und seine Befehlsempfänger haben deutsche Kriegsgefangene massenhaft verhungern und verdursten lassen, wenn es auch nicht, wie auf kanadischer Seite behauptet, mehr, sondern weniger als eine Million waren - angeblich "nur" 56.000 in US-Lagern zu Tode Mißhandelte; was immerhin Stephen E. Ambrose, Direktor des "Eisenhower Center" an der Universität von New Orleans, zugab, der auch versicherte: "Amerikanische G.I.s und ihre Offiziere waren fähig, fast so brutal wie Nazis zu verfahren."

Nun, fast? Man braucht doch an Hiroshima nur, an Nagasaki, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg zu erinnern ... Ja, die Amerikaner praktizierten Nazimethoden, als man die noch gar nicht kannte, als es die Nazis noch gar nicht gab. Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein Beauftragter des geschäftliche Expansionen betreibenden Cornelius Vanderbilt in Nicaragua getötet worden war, zerstörten deshalb US-Kriegsschiffe den Hafen von Greytown. Ein Beispiel unter vielen ...

Man denke nicht zuletzt an das Ausrotten der Indianer. Nazimethoden: doch durch diese ganze Geschichte, von Anfang an! Es war auch der Oberkommandierende Eisenhower, der ungezählte - verbündete - Russen, Angehörige jener Armeen, die vor allem den Krieg gegen Hitler gewonnen haben, als "unerwünschte Personen" ihrem Henker Stalin ausliefern ließ.

All dies aber und das doch etwas reichlich blutige Gewerbe des Strategen beiseite, war Dwight D. Eisenhower eine eher schlichte, eher redliche, konziliante Natur, ein echter "Kansas farmer boy". Freilich einer, der es auch verstand, sich umwerben zu lassen. Der etwa, ganz wie die Papstanwärter bis heute, geschickt verbreiten ließ, keinerlei Ambitionen zu haben.

Der es auch von Mal zu Mal verwarf, Präsidentschaftskandidat zu werden, weder der Demokraten noch der Republikaner, oh nein; endlich aber, genug umworben, doch durchblicken ließ, zwar nach wie vor keine Nominierung anzustreben, den Amerikanern aber das Recht einzuräumen, "mich im nächsten Juli vor eine Aufgabe zu stellen, die meinen jetzigen Verantwortungsbereich überschreiten könnte". Auch wenn Eisenhower Gedrechseltes nicht schätzte, kam's nicht schon ganz gut heraus?

Und da ihm sein Heidentum den Weg ins Weiße Haus doch kaum erleichtert hätte, war er immerhin Realpolitiker genug, sich taufen zu lassen, als er republikanischer Präsidentschaftskandidat wurde. Und nach seiner Taufe zögerte er nicht, in einer Rede die Wendung zu benutzen: "Gott, was immer man darunter verstehen mag ..."

Und hatte sich damit ganz ehrlich und korrekt ... ausgedrückt. So wie es seiner und einer Natur eben entsprach, die dem demokratischen Gegner Adlai E. Stevenson, dem Gouverneur von Illinois, einem brillanten Kopf, intellektuell so gewaltig unterlegen war - schon dies Grund genug, Eisenhower zu wählen.

"I like Ike", plärrten die Massen den lächerlichen Wahlslogan der Republikaner und wählten den jovialen General und Zweiten Weltkriegssieger, wählten ihn mit großer Mehrheit.

Denn wer will sich von einem "egghead" ("Eierkopf") führen lassen (außer allen eggheads -

doch eggheads, höhnte Joseph Alson, der Republikaner, wieviele eggheads gibt es schon? Und das schlug sich am Wahlergebnis nieder).

Allmählich aber fiel sein völliger Mangel an eigenen Ideen auf. Kein Wunder, hatte er doch alles, was er konnte, schon im Krieg verpulvert - eine Art Hindenburg in USA. Man vermißte Führungsqualitäten, sollte indes nicht ungerecht sein. War es nicht besser, daß er einst Armeen in den Tod gejagt, statt künftig vielleicht ganze Völker?!

Und ahnten die Massen nicht, daß dieser General genug hatte vom Krieg, und nicht nur, weil er ihnen, mehr als einmal im Wahlkampf, das Ende des Koreakriegs versprach, auch alsbald selber nach Korea flog und über die Schlachtfelder wandelte im Schnee - und vielleicht nicht bloß, weil alle Feldherrn gern auf Blutgedüngtem wandeln, ihrer Hinterlassenschaft? "I like Ike", schrien sie.

Höheren Orts konnte der Präsidentschaftskandidat - er müßte kein Politiker gewesen sein - natürlich ganz anders auftreten und etwa gerade seinerzeit vor dem Senat beteuern, er würde, brächte ihm das in einem Verteidigungskrieg (!) Vorteile, die Atombombe werfen lassen. Wie jeder wahre Politiker vermochte er eben mal so, mal so zu reden; nicht wie es - nur das nicht - die Sache erforderte, sondern die Zuhörerschaft, die Situation. "I like Ike", kreischten die Massen.

"We want Ike", brüllten sie, entzückt von Ike, hell entzückt. Wer einzig und allein Sicherheit will, konnte Ike auch sagen, der soll ins Gefängnis. (Als wären nicht gerade die amerikanischen Gefängnisse die unsichersten der Welt!) Und Ike lächelte breit. Er konnte breiter lächeln als die meisten. Das gefiel den meisten. Und er konnte Golf spielen, er war ein Sportfan. Hatte er ein Programm?

Aber gewiß. Sein Programm war der Weg genau zwischen den sogenannten Rechten und Linken - unter den Rechten, natürlich. "Das große Problem des heutigen Amerika", sagte er, "ist die genaue Verfolgung des Mittelweges." Wie so viele Vorgänger (und Nachfolger) auf seinem Stuhl liebte er die einfachen, klaren, die goldenen Worte.

Die Regierung nahm ihm weitgehend sein Außenminister ab.

Gott, wofür hat man denn einen Außenminister?!

Sein Außenminister war John Foster Dulles. Er hatte Eisenhower zum Präsidenten und der Präsident ihn zum Außenminister gemacht - ja, Dulles war Außenminister schon, bevor er es wurde: einer der Hauptakteure der Konferenz von San Francisco, der Anführer der antirussischen Front spätestens seit Kriegsende, der Mann, der seine Außenpolitik selber - mit einem Ausdruck kommunistischer Herkunft - "am Rande des Krieges" nannte.

Danach war sie.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Außenminister John Foster Dulles (x068/295-300): >>John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.

Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-Farben AG, des größten deutschen Konzerns. Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe von zehn Millionen Dollar verlangte.

John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.

Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkow nominiert. Im gleichen Jahr wird Innenminister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkow politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.

Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächenmanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.

Dulles war verbohrt und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.

Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.

"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.

Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann. Die Verschwörung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er die Feindseligkeiten eröffnen.

Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren. Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor.

Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).

Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrundbesitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-

1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen.

Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.

Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Hauptagenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.

Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen. Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."

1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst: "Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."

Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.

"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar. Und schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen seien".

Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.

Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetzliche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen.

Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad

hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.

Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdamnte Politik ansah, propagierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es angängig war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.

Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.

John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhassten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.

Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.<<

27.11.1952

DDR: Wegen der angespannten Versorgungslage wird am 27. November 1952 der Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten (x009/513).

25.12.1952

BRD: Der Nordwestdeutsche Rundfunk überträgt am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.

Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.

Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

31.12.1952

Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1. Juli 1947 bis 31. Dezember 1952 insgesamt 18.889 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>USA (10.421), Frankreich (3.833), Kanada (1.384), Brasilien (2.256), Bundesrepublik Deutschland (638), Großbritannien (260), Argentinien (60), Australien (22) und sonstige Länder (15).<<

1952

DDR: Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Frankreich: Die Zeitung "Le Monde " berichtet im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

1953

Das Regieren in einer Demokratie wäre wesentlich leichter, wenn man nicht immer wieder Wahlen gewinnen müßte.

Georges Clemenceau (1841-1929, französische Politiker)

04.01.1953

DDR: Das ZK der SED kündigt am 4. Januar 1953 weitere Überprüfungen von Parteimitgliedern an, um die SED zu "säubern".

13.01.1953

UdSSR: Stalin warnt am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplott".

Stalins Antisemitismus, der immer latent vorhanden war, wurde spätestens ab 1951 zur Manie. Gegen Ende seines Lebens litt Stalin vermutlich unter permanenten Wahnvorstellungen. In dieser von Angst, Mißtrauen und antisemitischer Hetze geprägten Atmosphäre plante Stalin im Jahre 1953 neue "Säuberungswellen" in der UdSSR. Nachdem genügend "eigene Intelligenz" herangereift war, beabsichtigte Stalin, die sowjetisch-jüdische Führungsschicht vollständig zu beseitigen.

"Die "Welt am Sonntag" berichtete z.B. am 6.07.1986: >>... Stalins Geheimdienst ließ Molotows Frau Paulina 1952 ins Arbeitslager deportieren, weil sie Jüdin war. Auch Wjatscheslaw Molotow (1890-1986, seit 1906 enger Mitarbeiter Stalins, ab 1939 sowjetischer Außenminister) stand schon auf der Deportationsliste. ...<<

Die geplanten Säuberungen wurden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

22.01.1953

DDR: Die Ablieferungsmengen für mittlere und größere Bauern werden am 22. Januar 1953 drastisch erhöht.

Januar 1953

DDR: Das Staatssicherheitsministerium (MfS) übernimmt im Januar 1953 das Kommando über die Transportpolizei.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/289): >>... Um die Vergrößerung der Armee zu erreichen, mußten Regierung und SED immer stärker zu Zwangseinziehungen greifen, die z.T. als Parteauftrag oder Verbandsauftrag (der FDJ) getarnt wurden. ...

Neben die als KVP auftretende Armee, deren See- und Luftstreitkräfte ausgebaut wurden, traten seit Mitte 1952 zwei militärähnliche Milizen:

1. die der vormilitärischen Ausbildung dienende Gesellschaft für Sport und Technik (GST);
2. die Kampfgruppen der SED.

Bis zum 7.8.1952, an dem der Ministerrat die GST errichtete, lag die vormilitärische Ausbildung bei der FDJ. Sie wurde ihr entzogen, da sie organisatorischer Mängel nicht Herr wurde und da ihre Mitglieder sich noch allzusehr in pazifistischen Vorstellungen bewegten.

Von militärischer Bedeutung waren ferner die 3 Polizeitruppen:

1. die Grenzpolizei, die seit Mai 1952 nicht mehr dem Innen-, sondern dem Staatssicherheitsministerium (MfS) unterstand;

2. die Transportpolizei, seit Januar 1953 ebenfalls dem MfS untergeordnet;
3. die Wachverbände des MfS. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Parteiauftrag" in der SBZ (x009/319): >>Auftrag mit Befehlscharakter an Mitglieder einer bolschewistischen Organisation. besonders wichtiges Mittel zur Durchsetzung von Parteibeschlüssen in Verwaltung, Wirtschaft, Massenorganisationen usw.

Es gibt aber auch Parteiaufträge, die lediglich der "bolschewistischen Festigung" der Mitglieder dienen und sie zu aktiver Partearbeit heranziehen sollen. Parteiaufträge werden von den Leitungen mit festen Terminen an die Mitglieder vergeben.

Parteiaufträge werden u.a. erteilt zur Bespitzelung von Arbeits- und Studienkollegen sowie zur Werbung für die nationale Volksarmee. Auch die SED-Mitglieder, die Anfang 1960 die Kollektivierung durchsetzten, erhielten Parteiaufträge.

Ablehnung des Parteiauftrages oder Nichterfüllung bedeuten Verletzung der Parteidisziplin. ...<<

18.02.1953

Berlin: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1953) berichtet am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>**Reine Torschlußpanik**

Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."

Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!

Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."

"Wir sind doch nicht verrückt", tippte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."

... Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.

Es gibt 77 solcher Aufnahmелager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflcken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.

Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.

2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...

"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ... Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."

Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ...

Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so in-

tensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...

"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...

Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenzustrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...

Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin.

"Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben. Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?

Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".

Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...

Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingselend nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...

Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...

Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

25.02.1953

DDR: Interzonenreisende aus der SBZ müssen ab 25. Februar 1953 ihren Personalausweis abgeben. Sie erhalten vorübergehend einen Interzonenpaß.

26.02.1953

DDR: Der Ministerrat beschließt am 26. Februar 1953 die Festlegung einer staatlichen Preispolitik.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Preispolitik" in der SBZ (x009/335): >>Die freie marktmäßige Preisbildung wurde in der SBZ ersetzt durch die autoritäre Preisfestsetzung. ...

Die staatliche Preispolitik erstreckt sich auf folgende Funktionen: Abstimmung des Lohnfonds mit dem Warenfonds, Lenkung des Konsums in die von der obersten Planungsbehörde gewünschte Richtung, Förderung des technischen Fortschritts, Selbstkostensenkung, Beschleunigung der Warenzirkulation, Anreiz zu besserer und vermehrter Produktion.

Mittel dazu ist die sog. wirtschaftliche Rechnungsführung im Rahmen des Plankontrollsystems. Eine besondere Rolle spielen dabei die Produktions- und Dienstleistungsabgabe und die sonstigen Verbrauchssteuern auf Konsumgüter, durch die viele Preise wesentlich erhöht werden.

Andererseits muß der Staatshaushalt auch erhebliche Mittel aufwenden, um Differenzen zwischen Produktionskosten und den zugelassenen Inlandspreisen auszugleichen.

Es wird angestrebt, im Bereich der Produktion "je Produkt und Qualität einheitliche Festpreise" zu bilden. ... Diese Festpreise dürfen von "volkseigenen" und ihnen gleichgestellten Betrieben weder unter- noch überschritten werden, während die gleichen Preise für Privatbetriebe lediglich Höchstpreise sind. Um bei der Festsetzung von Preisen eine allgemeine Preisbewegung zu verhindern, darf eine Überwälzung von Preiserhöhungen auf die nachfolgenden Wirtschaftsstufen nicht vorgenommen werden.<<

27.02.1953

BRD: In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan).

In den folgenden 30 Jahren sollen 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Großbritannien: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernimmt als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigt 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden werden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Das "Universal Lexikon" berichtet später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...):
>>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.

Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.

Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.

Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesre-

publik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.

Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.

Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen. Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.

Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.

Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.

Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.

Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formulierten Schuldenerklärung.

Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."

Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".

Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...

Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln;

darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.

Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abgezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungsstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.

Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.

Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.

Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Gebietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.

Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.

Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um die billigste Lösung gegangen. ...

Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet.

Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.

Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei.

Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der

Koreakrieg.

In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen.

Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".

Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".

"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.

Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert.

In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien. Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten.

Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschus-

ses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...

Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM. Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.

Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten. Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.

Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

28.02.1953

BRD: Eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).